



Brüssel, den 24.5.2023
COM(2023) 611 final

Empfehlung für eine

EMPFEHLUNG DES RATES

**zum nationalen Reformprogramm Kroatiens 2023 mit einer Stellungnahme des Rates
zum Stabilitätsprogramm Kroatiens 2023**

{SWD(2023) 611 final}

Empfehlung für eine

EMPFEHLUNG DES RATES

zum nationalen Reformprogramm Kroatiens 2023 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Kroatiens 2023

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 121 Absatz 2 und Artikel 148 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken¹, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 2,

auf Empfehlung der Europäischen Kommission,

unter Berücksichtigung der Entschließungen des Europäischen Parlaments,

unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates,

nach Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Sozialschutz,

nach Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaftspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität² trat am 19. Februar 2021 in Kraft. Im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität wird den Mitgliedstaaten finanzielle Unterstützung für Reformen und Investitionen bereitgestellt und so für einen EU-finanzierten Konjunkturimpuls gesorgt. Den Prioritäten des Europäischen Semesters entsprechend trägt die Fazilität zur wirtschaftlichen und sozialen Erholung und zur Umsetzung nachhaltiger Reformen und Investitionen bei, insbesondere mit dem Ziel, den ökologischen und digitalen Wandel zu fördern und die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten widerstandsfähiger zu machen. Sie hilft auch, die öffentlichen Finanzen zu stärken und das mittel- und langfristige Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum anzukurbeln, den territorialen Zusammenhalt in der EU zu stärken und die weitere Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte zu unterstützen. Der maximale finanzielle Beitrag, der den einzelnen Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität jeweils gewährt werden kann, wurde am 30. Juni 2022 gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/241 aktualisiert.

¹ ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

² Verordnung (EU) 2021/241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 2021 zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ABl. L 57 vom 18.2.2021, S. 17).

- (2) Am 22. November 2022 nahm die Kommission den Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023³ an und leitete damit das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung 2023 ein. Am 23. März 2023 billigte der Europäische Rat die auf die vier Komponenten der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit abstellenden Prioritäten des Berichts. Am 22. November 2022 nahm die Kommission auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 auch den Warnmechanismus-Bericht 2023 an, worin Kroatien nicht als einer der Mitgliedstaaten genannt wurde, bei denen wegen bestehender oder drohender Ungleichgewichte eine eingehende Überprüfung angezeigt war. Am selben Tag nahm die Kommission auch eine Stellungnahme zur Übersicht über die Haushaltsplanung Kroatiens 2023 an. Die Kommission legte außerdem eine Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets vor, die am 16. Mai 2023 vom Rat angenommen wurde, sowie den Vorschlag für den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2023 mit einer Analyse der Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien und der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte, der am 13. März 2023 vom Rat angenommen wurde.
- (3) Wenngleich sich die Volkswirtschaften der EU bemerkenswert resilient zeigen, wirkt sich der geopolitische Kontext doch nach wie vor negativ aus. Die EU steht fest an der Seite der Ukraine und richtet den Fokus ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Agenda darauf, auf kurze Sicht die negativen Auswirkungen der Energieschocks auf schwächer aufgestellte Haushalte und Unternehmen abzumildern und gleichzeitig die Anstrengungen fortzusetzen, um auf mittlere Sicht den ökologischen und digitalen Wandel zu vollziehen, ein nachhaltiges und inklusives Wachstum zu fördern, die makroökonomische Stabilität zu wahren und die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt darauf, die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der EU zu steigern.
- (4) Am 1. Februar 2023 legte die Kommission die Mitteilung „Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“⁴ vor, um die Wettbewerbsfähigkeit der klimaneutralen Industrie der EU zu stärken und den schnellen Übergang zur Klimaneutralität zu unterstützen. Der Plan ergänzt die laufenden Anstrengungen im Rahmen des europäischen Grünen Deals und von REPowerEU. Er zielt darauf ab, ein günstigeres Umfeld für die Ausweitung der EU-Produktionskapazität für klimaneutrale Technologien und Produkte zu schaffen, die zur Erreichung der ehrgeizigen Klimaziele der EU benötigt werden, und den Zugang zu relevanten kritischen Rohstoffen sicherzustellen, auch durch Diversifizierung der Beschaffung, indem die geologischen Ressourcen in den Mitgliedstaaten ausgenutzt und Rohstoffe maximal recycelt werden. Der Plan umfasst vier Säulen: ein vorhersehbares und vereinfachtes Regelungsumfeld, einen schnelleren Zugang zu Finanzmitteln, den Ausbau von Kompetenzen und einen offenen Handel für robuste Lieferketten. Am 16. März 2023 legte die Kommission außerdem die Mitteilung „Langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU: Blick über 2030 hinaus“⁵ vor, die nach neun sich gegenseitig verstärkenden Faktoren gegliedert ist und die Schaffung eines wachstumsfördernden Rechtsrahmens zum Ziel hat. In der Mitteilung werden politische Prioritäten gesetzt, mit denen aktiv für strukturelle Verbesserungen, gezielte Investitionen und Regulierungsmaßnahmen zugunsten der langfristigen

³ COM(2022) 780 final.

⁴ COM(2023) 62 final.

⁵ COM(2023) 168 final.

Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten gesorgt werden soll. Die nachstehenden Empfehlungen helfen diese Prioritäten anzugehen.

- (5) Das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung verläuft 2023 weiterhin parallel zur Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität. Die vollständige Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne bleibt für die Verwirklichung der politischen Prioritäten im Rahmen des Europäischen Semesters unerlässlich, da mit diesen Plänen alle oder wesentliche Teile der einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen der letzten Jahre angegangen werden. Ebenso relevant bleiben die länderspezifischen Empfehlungen von 2019, 2020 und 2022 auch für Aufbau- und Resilienzpläne, die nach den Artikeln 14, 18 und 21 der Verordnung (EU) 2021/241 überarbeitet, aktualisiert oder geändert wurden.
- (6) Die am 27. Februar 2023 angenommene REPowerEU-Verordnung⁶ zielt darauf ab, die Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland rasch zu beenden. Dies wird zur Energieversorgungssicherheit und zur Diversifizierung der Energieversorgung der EU beitragen und zugleich den Einsatz erneuerbarer Energien, die Energiespeicherkapazitäten und die Energieeffizienz erhöhen. Die Verordnung ermöglicht es den Mitgliedstaaten, ihren nationalen Aufbau- und Resilienzplänen ein neues REPowerEU-Kapitel hinzuzufügen, um wichtige Reformen und Investitionen zu finanzieren, die zur Verwirklichung der REPowerEU-Ziele beitragen werden. Diese Reformen und Investitionen werden auch dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der Netto-Null-Industrie der EU im Sinne des Industriepfades zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter zu stärken und die länderspezifischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten für den Energiebereich von 2022 und gegebenenfalls 2023 umzusetzen. Mit der REPowerEU-Verordnung wird eine neue Art von nicht rückzahlbarer finanzieller Unterstützung eingeführt, die den Mitgliedstaaten für die Finanzierung neuer energiebezogener Reformen und Investitionen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzpläne zur Verfügung gestellt wird.
- (7) Am 8. März 2023 nahm die Kommission eine Mitteilung mit haushaltspolitischen Leitlinien für 2024 an. Damit soll die Ausarbeitung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten unterstützt und so die politische Koordinierung verstärkt werden.⁷ Die Kommission erinnerte daran, dass die allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts Ende 2023 außer Kraft gesetzt wird. Sie forderte für 2023/2024 eine Haushaltspolitik, die darauf abstellt, die mittelfristige Schuldenfähigkeit zu sichern und das Potenzialwachstum auf nachhaltige Weise zu erhöhen. Die Mitgliedstaaten wurden aufgerufen, in ihren Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen 2023 darzulegen, wie ihre Haushaltsplanungen nicht nur die Einhaltung des Defizit-Referenzwerts von 3 % des BIP, sondern auch einen plausiblen und stetigen Schuldenabbau oder einen mittelfristig dem Vorsichtsgebot entsprechenden Schuldenstand gewährleisten. Die Kommission rief die Mitgliedstaaten dazu auf, die nationalen finanzpolitischen Maßnahmen zum Schutz der Haushalte und Unternehmen vor dem Energiepreisschock auslaufen zu lassen, allen voran die am wenigsten gezielten Maßnahmen. Sie wies darauf hin, dass die Mitgliedstaaten – sollte neuerlicher Energiepreisschock eine

⁶ Verordnung (EU) 2023/435 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/241 in Bezug auf REPowerEU-Kapitel in den Aufbau- und Resilienzplänen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1303/2013, (EU) 2021/1060 und (EU) 2021/1755 sowie der Richtlinie 2003/87/EG (ABl. L 63 vom 28.2.2023, S. 1).

⁷ COM(2023) 141 final.

Verlängerung von Entlastungsmaßnahmen erforderlich machen – ihre Maßnahmen deutlich gezielter als in der Vergangenheit auf schwächer aufgestellte Haushalte und Unternehmen ausrichten sollten. Die Kommission schlug vor, die haushaltspolitischen Empfehlungen quantifiziert und differenziert sowie auf Basis der Nettoprümaausgaben zu formulieren, wie sie es in ihrer Mitteilung über Leitlinien für eine Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung⁸ vorgeschlagen hatte. Sie empfahl, dass alle Mitgliedstaaten die national finanzierten Investitionen weiterhin aufrechterhalten und sicherstellen sollten, dass Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderen EU-Fonds, insbesondere mit Blick auf den ökologischen und digitalen Wandel und die Resilienz, tatsächlich abgerufen werden. Die Kommission kündigte ihre Absicht an, dem Rat im Frühjahr 2024 auf Basis der Ist-Daten für 2023 gemäß den geltenden Rechtsvorschriften die Eröffnung defizitbedingter Verfahren bei einem übermäßigen Defizit vorzuschlagen.

- (8) Am 26. April 2023 legte die Kommission Legislativvorschläge für eine umfassende Reform der Vorschriften der EU zur wirtschaftspolitischen Steuerung vor. Die Vorschläge zielen in erster Linie darauf ab, die Tragfähigkeit der öffentlichen Schuldenstände zu erhöhen und durch Reformen und Investitionen ein nachhaltiges und integratives Wachstum in allen Mitgliedstaaten zu fördern. Den Mitgliedstaaten soll bei der Ausgestaltung ihrer mittelfristigen Pläne mehr Kontrolle gegeben werden, wobei zugleich die Durchsetzung verschärft werden soll, um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten ihre Zusagen aus den mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Plänen einhalten. Ziel ist es, die legislativen Arbeiten 2023 zum Abschluss zu bringen.
- (9) Am 14. Mai 2021 legte Kroatien der Kommission gemäß Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/241 seinen nationalen Aufbau- und Resilienzplan vor. Gemäß Artikel 19 jener Verordnung hat die Kommission die Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz des Aufbau- und Resilienzplans anhand der in Anhang V der Verordnung enthaltenen Bewertungsleitlinien bewertet. Am 28. Juli 2021 nahm der Rat einen Beschluss an, mit dem er die Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans Kroatiens billigte.⁹ Die Freigabe von Tranchen ist erst möglich, nachdem die Kommission in einem Beschluss nach Artikel 24 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2021/241 festgestellt hat, dass Kroatien die im Durchführungsbeschluss des Rates festgelegten einschlägigen Etappenziele und Zielwerte in zufriedenstellender Weise erreicht hat. Eine zufriedenstellende Erreichung setzt voraus, dass es bei zuvor erreichten Etappenzielen und Zielwerten nicht wieder zu Rückschritten gekommen ist.
- (10) Am 28. April 2023 legte Kroatien sein nationales Reformprogramm 2023 und gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 sein Stabilitätsprogramm 2023 vor. Um den Verbindungen zwischen diesen beiden Programmen Rechnung zu tragen, wurden sie gemeinsam bewertet. Nach Artikel 27 der Verordnung (EU) 2021/241 muss sich im nationalen Reformprogramm 2023 auch die halbjährliche Berichterstattung Kroatiens über die Fortschritte bei der Durchführung seines Aufbau- und Resilienzplans niederschlagen.
- (11) Den Länderbericht 2023 für Kroatien¹⁰ veröffentlichte die Kommission am 24. Mai 2023. Bewertet werden darin die Fortschritte Kroatiens bei der Umsetzung der

⁸ COM(2022) 583 final.

⁹ Durchführungsbeschluss des Rates vom 28. Juli 2021 zur Billigung der Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans Kroatiens (ST 10687/21; ST 10687/21 ADD 1).

¹⁰ SWD(2023) 611 final.

einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen des Rates aus dem Zeitraum 2019 bis 2022 und der Stand der Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans durch Kroatien. Ausgehend von dieser Bewertung wird im Länderbericht aufgezeigt, bei welchen Herausforderungen noch Handlungsbedarf besteht, weil sie mit dem Aufbau- und Resilienzplan nicht oder nur teilweise angegangen werden, und welche Herausforderungen neu hinzugekommen sind oder sich abzeichnen. Ferner werden in dem Bericht die Fortschritte Kroatiens bei der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, bei der Verwirklichung der Kernziele der EU in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung sowie bei den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung bewertet.

- (12) Nach den von Eurostat validierten Daten¹¹ verbesserte sich der gesamtstaatliche Haushaltssaldo Kroatiens von einem Defizit in Höhe von 2,5 % des BIP im Jahr 2021 auf einen Überschuss von 0,4 % im Jahr 2022, während der gesamtstaatliche Schuldenstand von 78,4 % des BIP Ende 2021 auf 68,4 % Ende 2022 zurückging.
- (13) Der gesamtstaatliche Haushaltssaldo wurde von den finanzpolitischen Maßnahmen beeinflusst, die ergriffen wurden, um den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise entgegenzuwirken. Zu den einnahmensenkenden Maßnahmen gehörte im Jahr 2022 eine Senkung der Mehrwertsteuer und der Verbrauchsteuern, während die ausgabensteigernden Maßnahmen Energiepreisobergrenzen, Zulagen für schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher, Programme zur Unterstützung von Unternehmen und Sozialhilfe für Rentnerinnen und Rentner sowie finanziell schwächere Haushalte beinhalteten. Die Kommission schätzt die Netto-Haushaltskosten für diese Maßnahmen im Jahr 2022 auf 1,6 % des BIP. Der gesamtstaatliche Haushaltssaldo wurde auch von den Haushaltskosten für den vorübergehenden Schutz von Vertriebenen aus der Ukraine beeinflusst, die für 2022 auf 0,1 % des BIP geschätzt werden. Derweil gingen die Kosten für befristete COVID-19-Sofortmaßnahmen von schätzungsweise 1,3 % des BIP im Jahr 2021 auf 0,1 % des BIP im Jahr 2022 zurück.
- (14) Am 18. Juni 2021 empfahl der Rat Kroatien¹², im Jahr 2022 unter Berücksichtigung des von der Aufbau- und Resilienzfazilität ausgehenden Impulses einen stützenden finanzpolitischen Kurs beizubehalten und die national finanzierten Investitionen aufrechtzuerhalten. Der Rat empfahl Kroatien ferner, den Anstieg der national finanzierten laufenden Ausgaben unter Kontrolle zu halten.
- (15) Nach Schätzungen der Kommission war der finanzpolitische Kurs¹³ im Jahr 2022 mit +0,2 % des BIP weitgehend neutral, was angesichts der hohen Inflation angemessen war.¹⁴ Wie vom Rat empfohlen, unterstützte Kroatien die Erholung weiterhin mit Investitionen, die aus der Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert werden. Die mit Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderen EU-Fonds finanzierten Ausgaben beliefen sich 2022 auf 2,6 % des BIP (nach 2,7 % des BIP im Jahr 2021).

¹¹ Eurostat-Euroindikatoren, 47/2023, 21.4.2023.

¹² Empfehlung des Rates vom 18. Juni 2021 mit einer Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Kroatiens 2021 (ABl. C 304 vom 29.7.2021, S. 48).

¹³ Gemessen wird der finanzpolitische Kurs als Veränderung der Primärausgaben (abzüglich diskretionärer einnahmensseitiger Maßnahmen) ohne befristete Sofortmaßnahmen aufgrund der COVID-19-Krise, aber einschließlich der mit nicht rückzahlbarer Unterstützung (Zuschüssen) aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderen EU-Fonds finanzierten Ausgaben im Verhältnis zum mittelfristigen Potenzialwachstum. Weitere Einzelheiten sind Kasten 1 des finanzstatistischen Anhangs zu entnehmen.

¹⁴ Kroatien verzeichnete 2022 auch ein starkes Wachstum des realen BIP.

Die national finanzierten Investitionen leisteten einen kontraktiven Beitrag von 0,6 Prozentpunkten¹⁵ zum finanzpolitischen Kurs.¹⁶ Kroatien hat somit die national finanzierten Investitionen nicht aufrechterhalten, was der Empfehlung des Rates widerspricht. Gleichzeitig leistete der Anstieg der national finanzierten laufenden Primärausgaben (ohne neue einnahmenseitige Maßnahmen) einen weitgehend neutralen Beitrag von 0,1 Prozentpunkten zum finanzpolitischen Kurs. Damit hat Kroatien den Anstieg der national finanzierten laufenden Ausgaben ausreichend unter Kontrolle gehalten.

- (16) Das den Haushaltsprojektionen des Stabilitätsprogramms zugrunde liegende makroökonomische Szenario ist 2023 günstig und in der Folge realistisch. Nach den Prognosen der Regierung dürfte das Wachstum des realen BIP 2023 bei 2,2 % und 2024 bei 2,6 % liegen. Demgegenüber geht die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2023 von einem geringeren Wachstum des realen BIP in Höhe von 1,6 % im Jahr 2023 und 2,3 % im Jahr 2024 aus, was in erster Linie auf konservativere Schätzungen für den privaten und öffentlichen Verbrauch sowie die Gesamtinvestitionen zurückzuführen ist.
- (17) In ihrem Stabilitätsprogramm 2023 erwartet die Regierung eine Verschlechterung des gesamtstaatlichen Haushaltssaldos auf eine Defizitquote von 0,7 % des BIP im Jahr 2023. Diese Verschlechterung im Jahr 2023 spiegelt hauptsächlich die verzögerten Auswirkungen der Inflation auf die öffentlichen Ausgaben wider, insbesondere durch die Indexierungsmechanismen für Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor, Renten und Sozialleistungen. Dem Programm zufolge wird die gesamtstaatliche Schuldenquote von 68,4 % Ende 2022 auf 62,6 % Ende 2023 zurückgehen. In ihrer Frühjahrsprognose 2023 geht die Kommission für 2023 von einem öffentlichen Defizit von 0,5 % des BIP aus. Dies steht weitgehend mit dem im Stabilitätsprogramm prognostizierten Defizit im Einklang. Die Kommission erwartet in ihrer Frühjahrsprognose 2023 eine ähnliche gesamtstaatliche Schuldenquote von 63,0 % Ende 2023.
- (18) Der gesamtstaatliche Haushaltssaldo dürfte 2023 weiterhin durch die finanzpolitischen Maßnahmen beeinflusst werden, die ergriffen wurden, um den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise entgegenzuwirken. Dabei handelt es sich um Maßnahmen aus dem Jahr 2022, die verlängert wurden (insbesondere auf der Einnahmenseite: Senkung der Mehrwertsteuer und der Verbrauchsteuern; aber auch auf der Ausgabenseite: Energiepreisobergrenzen, Zulagen für schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher, Programme zur Unterstützung von Unternehmen und Sozialhilfe für Rentnerinnen und Rentner und finanziell schwächere Haushalte). Die Kommission veranschlagt in ihrer Frühjahrsprognose 2023 für 2023 Netto-Haushaltskosten von 1,5 % des BIP¹⁷ für die Entlastungsmaßnahmen. Die meisten der Maßnahmen im Jahr 2023 scheinen nicht auf die besonders betroffenen Haushalte oder Unternehmen ausgerichtet zu sein, und viele von ihnen erhalten das Preissignal zur Senkung der Energienachfrage und zur

¹⁵ Die national finanzierten Investitionen leisteten aufgrund eines Rückgangs der von den lokalen Gebietskörperschaften getätigten Investitionsausgaben einen kontraktiven Beitrag zum finanzpolitischen Kurs.

¹⁶ Die sonstigen national finanzierten Investitionsausgaben leisteten einen expansiven Beitrag von 0,5 BIP-Prozentpunkten. Dies ist zum Teil auf die einmaligen Kosten für ein internationales Schiedsverfahren zurückzuführen.

¹⁷ Die Zahl gibt die Höhe der jährlichen Haushaltskosten für diese Maßnahmen wieder, einschließlich laufender Einnahmen und Ausgaben sowie gegebenenfalls Investitionsausgaben.

Steigerung der Energieeffizienz nicht vollständig. Infolgedessen schätzt die Kommission den Betrag für die gezielten Entlastungsmaßnahmen, der bei der Bewertung der Einhaltung der haushaltspolitischen Empfehlung für 2023 zu berücksichtigen ist, in ihrer Frühjahrsprognose 2023 auf 0,2 % des BIP im Jahr 2023 (gegenüber 0,3 % des BIP im Jahr 2022). Die Haushaltskosten für den vorübergehenden Schutz von Vertriebenen aus der Ukraine werden den Prognosen zufolge gegenüber 2022 stabil bleiben.

- (19) Am 12. Juli 2022 empfahl der Rat Kroatien¹⁸, dafür zu sorgen, dass der Anstieg der national finanzierten laufenden Primärausgaben 2023 mit einem weitgehend neutralen politischen Kurs im Einklang steht¹⁹, unter Berücksichtigung der fortgesetzten befristeten und gezielten Unterstützung für die vom Energiepreisanstieg besonders betroffenen Haushalte und Unternehmen sowie die aus der Ukraine flüchtenden Menschen. Kroatien sollte sich darauf einstellen, gegebenenfalls die laufenden Ausgaben an die sich wandelnde Situation anzupassen. Außerdem wurde Kroatien empfohlen, die öffentlichen Investitionen für den ökologischen und digitalen Wandel sowie die Energieversorgungssicherheit unter Berücksichtigung der REPowerEU-Initiative auszuweiten, unter anderem durch Inanspruchnahme der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderer Unionsfonds.
- (20) Für 2023 wird in der Frühjahrsprognose 2023 der Kommission vor dem Hintergrund der hohen Inflation von einem expansiven finanzpolitischen Kurs ausgegangen (-1,0 % des BIP). Im Vorjahr (2022) war der finanzpolitische Kurs weitgehend neutral (+0,2 % des BIP). Es wird erwartet, dass der Anstieg der national finanzierten laufenden Primärausgaben (ohne diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen) im Jahr 2023 einen expansiven Beitrag von 0,4 % des BIP zum finanzpolitischen Kurs leisten wird. Darin ist der Rückgang der Kosten der gezielten Entlastungsmaßnahmen zugunsten der vom Energiepreisanstieg besonders betroffenen Haushalte und Unternehmen um 0,1 % des BIP enthalten. Der expansive Beitrag der national finanzierten laufenden Nettoprimaryausgaben wird also nicht durch die gezielte Unterstützung für die vom Energiepreisanstieg besonders betroffenen Haushalte und Unternehmen und für die aus der Ukraine flüchtenden Menschen verursacht. Das expansive Wachstum der national finanzierten laufenden Primärausgaben (ohne diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen) wird auch dadurch getrieben, dass nicht zielgerichtete Energiemaßnahmen, dauerhafte Erhöhungen der Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor und der Sozialleistungen sowie niedrigere Mehrwertsteuersätze für nicht dem Energiesektor zuzurechnende Produkte beibehalten werden. Insgesamt steht das prognostizierte Wachstum der national finanzierten laufenden Primärausgaben nicht mit der Empfehlung des Rates im Einklang. Die mit Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und anderen EU-Fonds finanzierten Ausgaben werden 2023 mit 3,1 % des BIP angesetzt, während die national finanzierten Investitionen voraussichtlich einen expansiven Beitrag von 0,7 Prozentpunkten zum finanzpolitischen Kurs leisten werden.²⁰ Kroatien plant also, zusätzliche Investitionen

¹⁸ Empfehlung des Rates vom 12. Juli 2022 zum nationalen Reformprogramm Kroatiens 2022 mit einer Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Kroatiens 2022 (ABl. C 334 vom 1.9.2022, S. 88).

¹⁹ Ausgehend von der Frühjahrsprognose 2023 der Kommission wird das mittelfristige Potenzialwachstum Kroatiens (Zehnjahresdurchschnitt), das zur Messung des finanzpolitischen Kurses herangezogen wird, auf nominal 10,3 % geschätzt.

²⁰ Von sonstigen national finanzierten Investitionsausgaben wird ein kontraktiver Beitrag von 0,5 BIP-Prozentpunkten erwartet. Dies ist zum Teil auf den Basiseffekt höherer Ausgaben im Jahr 2022

über die Aufbau- und Resilienzfähigkeit und andere EU-Fonds zu finanzieren, und dürfte die national finanzierten Investitionen aufrechterhalten. Geplant ist die Finanzierung öffentlicher Investitionen für den ökologischen und digitalen Wandel sowie die Energieversorgungssicherheit, z. B. für die energetische Renovierung von Gebäuden, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, für die digitale Diagnostik und Ausrüstung der Krankenhäuser und die Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels im Unternehmenssektor, die aus der Aufbau- und Resilienzfähigkeit sowie weiteren EU-Fonds finanziert werden.

- (21) Dem Stabilitätsprogramm zufolge wird das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2024 voraussichtlich auf 1,5 % des BIP anwachsen. Dieser Anstieg im Jahr 2024 ist hauptsächlich in höheren Investitionsausgaben und einer nach wie vor relativ hohen Indexierung der Löhne, Renten und Sozialausgaben begründet. In dem Programm wird davon ausgegangen, dass die gesamtstaatliche Schuldenquote bis Ende 2024 auf 59,8 % zurückgehen wird. Auf der Grundlage der zum Prognosestichtag bekannten politischen Maßnahmen rechnet die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2023 für 2024 mit einem öffentlichen Defizit von 1,3 % des BIP. Dies steht weitgehend mit dem im Programm prognostizierten Defizit im Einklang. Die Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose 2023 von einer höheren gesamtstaatlichen Schuldenquote von 61,8 % Ende 2024 aus, wobei sich die Differenz gegenüber den Projektionen des Stabilitätsprogramms größtenteils durch den Nennereffekt (Differenz beim nominalen BIP im Jahr 2024) und – in geringerem Maße – durch unterschiedliche Annahmen bezüglich der Bestandsanpassung erklären lässt.
- (22) Das Stabilitätsprogramm sieht vor, dass die meisten Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich 2024 auslaufen. Die Kommission geht derzeit davon aus, dass sich die Nettokosten der Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich 2024 auf 0,2 % des BIP belaufen werden. Diese Schätzungen beruhen auf der Annahme, dass es zu keinen neuerlichen Energiepreisanstiegen kommt.
- (23) In der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates wird für die jährliche Verbesserung des strukturellen Haushaltssaldos in Richtung auf das mittelfristige Ziel ein Richtwert von 0,5 % des BIP vorgegeben.²¹ Mit Blick auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen²² wäre für 2024 eine Verbesserung des strukturellen Saldos um mindestens 0,3 % des BIP angemessen. Um eine solche Verbesserung sicherzustellen, sollte der Anstieg der national finanzierten Nettoprümausgaben²³ im Jahr 2024 der vorliegenden Empfehlung entsprechend nicht über 5,1 % hinausgehen. Gleichzeitig sollten die noch verbleibenden Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich (die sich

zurückzuführen, die durch einige einmalige Maßnahmen verursacht wurden; für 2023 ist eine Kürzung der Transferzahlungen an Versorgungsunternehmen vorgesehen.

²¹ Siehe Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates, der für Mitgliedstaaten mit einem Schuldenstand von über 60 % des BIP oder mit ausgeprägten Risiken hinsichtlich der Schuldentragfähigkeit auch eine Anpassung um mehr als 0,5 % des BIP vorschreibt.

²² Nach Schätzungen der Kommission müsste Kroatien seinen strukturellen Primärsaldo im Verhältnis zum BIP um durchschnittlich 0,75 Prozentpunkte pro Jahr erhöhen, um auf mittlere Sicht einen plausiblen Schuldenabbau oder einen dem Vorsichtsgebot entsprechenden Schuldenstand zu erreichen. Diese Schätzungen stützen sich auf die Herbstprognose 2022 der Kommission. Ausgangspunkt für die Schätzungen waren die Defizit- und Schuldenstandsprojektionen 2024, die auf der Annahme beruhen, dass die Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich 2024 auslaufen.

²³ Die Nettoprümausgaben sind definiert als national finanzierte Ausgaben ohne diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen, ohne Zinsausgaben und ohne Ausgaben aufgrund konjunkturentingter Arbeitslosigkeit.

nach aktuellen Schätzungen der Kommission 2023 auf 1,5 % des BIP belaufen dürften) beendet werden, solange die Energiemarktentwicklungen dies ermöglichen, wobei mit den am wenigsten zielgerichteten Maßnahmen begonnen und die entstehenden Einsparungen zum Abbau des öffentlichen Defizits genutzt werden sollten. Nach Schätzungen der Kommission würde dies bewirken, dass das Wachstum der Nettoprimärausgaben unter dem für 2024 empfohlenen Höchstwert bleibt. Darüber hinaus steht der Frühjahrsprognose 2023 der Kommission zufolge das Wachstum der national finanzierten Nettoprimärausgaben im Jahr 2023 nicht mit der Empfehlung des Rates im Einklang. Sollte sich das bestätigen, wäre ein geringeres Wachstum der Nettoprimärausgaben im Jahr 2024 angemessen.

- (24) Unter der Annahme einer unveränderten Politik rechnet die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2023 mit einem Anstieg der national finanzierten Nettoprimärausgaben um 6,8 % im Jahr 2024, was über der empfohlenen Wachstumsrate liegt. Gemäß der Prognose der Kommission fällt die Anpassung niedriger aus als die Einsparungen aus der vollständigen Beendigung der Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich, was darauf zurückzuführen ist, dass die Investitionsausgaben, Lohn- und Sozialkosten an Dynamik gewinnen.
- (25) Im Programm wird erwartet, dass die staatlichen Investitionen zwischen 2023 und 2024 mit 4,6 % des BIP stabil bleiben. Das Programm enthält Reformen und Investitionen, die zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zu einem nachhaltigen und integrativen Wachstum beitragen dürften. Hierzu gehören Reformen (Gesundheits- und Sozialwesen, Verbesserung der Verwaltung staatlicher Unternehmen, Verbesserung des Gesetzes über die finanzpolitische Verantwortung) und Investitionen (Verkehrs- und Wasserinfrastruktur, energetische Renovierung von Mehrfamilienhäusern, Investitionen in den ökologischen und digitalen Wandel sowie in die Bildungsinfrastruktur), die weitgehend auch Teil des Aufbau- und Resilienzplans sind.
- (26) Im Stabilitätsprogramm wird ein mittelfristiger haushaltspolitischer Pfad bis 2026 skizziert. Laut Programm soll das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2025 auf 0,8 % des BIP und bis 2026 auf 0,6 % des BIP zurückgehen. Das gesamtstaatliche Defizit soll also im gesamten Programmzeitraum unter 3 % des BIP bleiben. Dem Programm zufolge wird die gesamtstaatliche Schuldenquote von 59,8 % Ende 2024 auf 55,6 % bis Ende 2026 zurückgehen. Die gesamtstaatliche Schuldenquote soll also sinken und während des gesamten Programmzeitraums unter 60 % bleiben.
- (27) Nach dem in Artikel 19 Absatz 3 Buchstabe b und Anhang V Abschnitt 2.2 der Verordnung (EU) 2021/241 genannten Kriterium enthält der Aufbau- und Resilienzplan ein umfassendes Paket sich gegenseitig verstärkender Reformen und Investitionen, die bis 2026 umzusetzen sind. Kroatien kommt mit der Umsetzung seines Aufbau- und Resilienzplans gut voran. Kroatien hat zwei Zahlungsanträge eingereicht, die sich auf 59 Etappenziele und Zielwerte des Plans erstrecken, woraufhin insgesamt 1,4 Mrd. EUR ausgezahlt wurden. Es wird erwartet, dass Kroatien eine Änderung seines Plans mit einem REPowerEU-Kapitel sowie zusätzlichen Maßnahmen in anderen Bereichen, die aus der Darlehenskomponente finanziert werden sollen, vorlegen wird. Im Einklang mit Artikel 14 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2021/241 hat Kroatien am 30. März 2023 seine Absicht bekundet, im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität 3 612 000 000 EUR an zusätzlicher Unterstützung in Form eines Darlehens zu beantragen. Eine zügige Aufnahme des neuen REPowerEU-Kapitels in den Aufbau- und Resilienzplan wird die Finanzierung zusätzlicher Reformen und Investitionen zur Unterstützung der strategischen Ziele

Kroatiens im Bereich Energie und ökologischer Wandel ermöglichen. Die systematische und wirkungsvolle Einbeziehung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, der Sozialpartner und anderer relevanter Interessenträger ist für die erfolgreiche Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans sowie anderer, über den Plan hinausreichender wirtschafts- oder beschäftigungspolitischer Maßnahmen nach wie vor von Bedeutung, da nur so sichergestellt werden kann, dass die politische Agenda insgesamt auf breiter Basis mitgetragen wird.

- (28) Die Kommission hat 2022 alle kohäsionspolitischen Programmunterlagen Kroatiens gebilligt. Um in Kroatien den ökologischen und digitalen Wandel zu vollziehen, die wirtschaftliche und soziale Resilienz zu stärken und eine ausgewogene territoriale Entwicklung zu erreichen, müssen die kohäsionspolitischen Programme komplementär zum Aufbau- und Resilienzplan samt seinem REPowerEU-Kapitel unter Ausnutzung von Synergien zügig umgesetzt werden.
- (29) Kroatien importiert rund 53 % der gesamten jährlich verbrauchten Energie, verfügt aber über großes Potenzial im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere was Solar-, Wind- und geothermische Energie betrifft. Die Hälfte des Stroms des Landes stammt aus Wasserkraftwerken; der Anteil der Windenergie ist auf 14 % angewachsen, wohingegen der Anteil der Solarenergie nach wie vor nur 1 % beträgt. Schlüsselfaktoren für die beschleunigte Nutzung von Solar- und Windkraftanlagen sind gestraffte Genehmigungsverfahren und die Fertigstellung des einschlägigen Rechtsrahmens, um Erzeugern und Eigenverbrauchern mehr Rechtssicherheit zu bieten. Weitere Faktoren sind eine erhebliche Modernisierung des Übertragungsnetzes und seine Ausweitung auf den südlichen Teil des Landes, in dem die erneuerbaren Energien hauptsächlich erzeugt werden, sowie die Einführung intelligenter Messsysteme für kleine Solaranlagen. Der Energieverbrauch der Haushalte ist in Kroatien relativ hoch (35 % des Gesamtenergieverbrauchs), wobei die Abhängigkeit von Gas für den Heizbetrieb bei 71 % liegt. Die Überarbeitung und Vereinfachung der Verfahren für die Installation von Photovoltaikanlagen an Mehrfamilienhäusern sowie der beschleunigte Einsatz von Wärmepumpen für den Heiz- und Kühlbetrieb sind wichtige Maßnahmen der energetischen Renovierung im Gebäudesektor. Der Anteil erneuerbarer Energien im Verkehrssektor ist gering (7 %, während die Zielvorgabe für 2023 bei 14 % liegt), ebenso wie der Anteil des Schienenverkehrs am Personenverkehr (2,5 % gegenüber 8 % in der EU). Die Modernisierung der Eisenbahninfrastruktur und der Schienenfahrzeuge sowie die verstärkte Einführung emissionsfreier Fahrzeuge können einen wichtigen Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrswesens leisten. Der Erdgasverbrauch ist in Kroatien von August 2022 bis März 2023 im Vergleich zum durchschnittlichen Gasverbrauch im Vergleichszeitraum der fünf Vorjahre um 22 % zurückgegangen, womit das Reduktionsziel von 15 % übertroffen wurde. Kroatien könnte seine Maßnahmen zur vorübergehenden Senkung der Gasnachfrage bis zum 31. März 2024 fortsetzen.²⁴
- (30) Durch den Arbeits- und Fachkräftemangel in Bereichen und Berufen, die für den ökologischen Wandel von zentraler Bedeutung sind, einschließlich der Fertigung, Inbetriebnahme und Instandhaltung klimaneutraler Technologien, entstehen Engpässe für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Schul- und Berufsbildungssysteme hoher Qualität, die sich den veränderten Erfordernissen am Arbeitsmarkt anpassen, sowie gezielte Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen

²⁴ [Verordnung \(EU\) 2022/1369 des Rates](#) und [Verordnung \(EU\) 2023/706 des Rates](#).

sind unerlässlich, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Arbeitsmarktinklusio n sowie die Reallokation von Arbeitskräften zu fördern. Um das ungenutzte Arbeitskräfteangebot zu erschließen, müssen diese Maßnahmen zugänglich sein, insbesondere für diejenigen Personen und in Wirtschaftszweigen und Regionen, die am stärksten vom ökologischen Wandel betroffen sind. 2022 wurde in Kroatien ein Arbeitskräftemangel in 31 Berufen gemeldet, die besondere Fähigkeiten oder Kenntnisse für den ökologischen Wandel erforderten, u. a. in Berufen im Baugewerbe und im verarbeitenden Gewerbe (beide unter dem EU-Durchschnitt).

- (31) Vor dem Hintergrund der Bewertung der Kommission hat der Rat das Stabilitätsprogramm 2022 geprüft; seine Stellungnahme²⁵ spiegelt sich in Empfehlung 1 wider.
- (32) Da die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets eng miteinander verflochten sind und gemeinsam zum Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion beitragen, empfahl der Rat den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, unter anderem im Rahmen ihrer Aufbau- und Resilienzpläne Maßnahmen zu ergreifen, um i) die Schuldentragfähigkeit zu erhalten und im Jahr 2023 von einer breit angelegten Stützung der Gesamtnachfrage abzusehen, gezieltere haushaltspolitische Maßnahmen vorzusehen, um die Auswirkungen der hohen Energiepreise abzufedern und über geeignete Wege nachzudenken, wie die Unterstützung bei nachlassendem Energiepreisdruk zurückgefahren werden kann, ii) die öffentlichen Investitionen auf hohem Stand zu halten und private Investitionen zu fördern, um den ökologischen und digitalen Wandel zu unterstützen, iii) Lohnentwicklungen zu fördern, die den Kaufkraftverlust abschwächen, gleichzeitig aber Zweitrundeneffekte auf die Inflation zu begrenzen, die aktive Arbeitsmarktpolitik weiter zu verbessern und den Fachkräftemangel anzugehen, iv) die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern und zu gewährleisten, dass die Unterstützung der Unternehmen in der Energiekrise kostenwirksam und befristet ist und sich auf überlebensfähige Unternehmen beschränkt sowie Anreize für den ökologischen Wandel aufrechterhält, und v) die Makrofinanzstabilität zu erhalten, die Risiken zu beobachten und zugleich weiter an der Vollendung der Bankenunion zu arbeiten. Im Falle Kroatiens tragen die Empfehlungen 1, 2 und 3 zur Umsetzung der ersten, zweiten und dritten Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet bei —

EMPFIEHLT, dass Kroatien 2023 und 2024 Maßnahmen ergreift, um

1. die geltenden Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich bis Ende 2023 zurückzufahren und die dadurch erzielten Einsparungen zum Abbau des öffentlichen Defizits zu nutzen; für den Fall, dass neuerliche Energiepreisanstiege Entlastungsmaßnahmen erforderlich machen, sicherzustellen, dass diese Maßnahmen gezielt auf den Schutz schwächer aufgestellter Haushalte und Unternehmen ausgerichtet werden, für die öffentlichen Haushalte tragbar sind und die Anreize zum Energiesparen erhalten;

eine dem Vorsichtsgebot entsprechende Finanzpolitik zu gewährleisten und zu diesem Zweck insbesondere den nominalen Anstieg der national finanzierten Nettoprümaausgaben im Jahr 2024 auf höchstens 5,1 % zu begrenzen;

²⁵ Stellungnahme nach Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates.

die national finanzierten öffentlichen Investitionen aufrechtzuerhalten und die effektive Abrufung von Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität sowie anderen EU-Fonds zu gewährleisten, um insbesondere den ökologischen und digitalen Wandel zu fördern;

für die Zeit nach 2024 weiterhin eine auf schrittweise und nachhaltige Konsolidierung gerichtete mittelfristige Haushaltsstrategie zu verfolgen und diese mit Investitionen und Reformen zu kombinieren, die einem höheren und nachhaltigen Wachstum förderlich sind, um auf mittlere Sicht eine dem Vorsichtsgebot entsprechende Haushaltslage zu erreichen;

2. seinen Aufbau- und Resilienzplan weiterhin stetig umzusetzen und das REPowerEU-Kapitel zügig fertigzustellen, damit rasch mit dessen Umsetzung begonnen werden kann; die kohäsionspolitischen Programme komplementär zum Aufbau- und Resilienzplan unter Ausnutzung von Synergien zügig umzusetzen;
3. die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen insgesamt zu verringern, indem der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Wind-, Solar- und geothermischen Energie, beschleunigt und der unvollständige Rechtsrahmen fertiggestellt wird, die Genehmigungsverfahren gestrafft und die Verfahren für die Installation von Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien (d. h. Photovoltaikanlagen) an Mehrfamilienhäusern vereinfacht werden sowie indem mehr Rechtssicherheit geschaffen wird; ~~☐☐~~ kleine Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energie zu fördern; die Stromübertragungs- und -verteilungsnetze weiter zu modernisieren, insbesondere durch Verbesserung der Übertragungsleitungen zwischen dem Norden und dem Süden des Landes und die Förderung der Einführung intelligenter Messsysteme; die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen, einschließlich der Installation von Wärmepumpen, zu beschleunigen; die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen im Verkehrswesen durch die Förderung nachhaltiger Lösungen, insbesondere des Schienenverkehrs und der Elektrifizierung des Straßenverkehrs, zu verringern; seine politischen Anstrengungen mit Blick auf die Vermittlung und den Erwerb der nötigen Kompetenzen für den ökologischen Wandel zu verstärken.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Rates
Der Präsident*